

Das Problem sind die Menschen, die wählen

Dienende Politik: „Merkels Muster“ und „Die Amtszeiten begrenzen“, FR-Meinung und -Politik vom 26. März

Konservative Leser werden das nicht verstehen

Herzlichen Glückwunsch zu Stephan Hebels Leitartikel „Merkels Muster“, welcher mit treffenden Worten Merkels politisches Konzept analysiert. „Politik als steti- ges Lavieren zwischen ideologi- schen Festlegungen, ökonomi- schen Interessen und öffentli- cher Stimmung“. Konservative Leser werden diesen Satz nicht verstehen und sich fragen: Wel- che Ideologie?

Werner Runde, Mönkeberg

Demokratie und Gesundheit sind in höchster Gefahr

In der Pandemie funktionieren föderales Moderieren und Mini- sterpräsidentenkonferenzen so- wieso nicht. Politische Diskussi- on und Gesetzgebung finden einzig in Bundestag und Bun- desrat statt. Pandemiepolitik ist und bleibt in der Verantwortung der Bundeskanzlerin und der von ihr gebildeten Bundesregie- rung. Artikel 65 des Grundgeset- zes gibt der Kanzlerin die Richt- linienkompetenz auch zur Durchsetzung ihres Amtseides, Schaden vom Deutschen Volk abzuwenden..

Fehlgeschlagene Pandemie- politik und immer neue Kor- ruptionsfälle von Mandatsträ- gern führen zu einer ernsten Doppelkrise. Diese Doppelkrise trifft schon morgen auf die Doppelmutante aus dem indi- schen Bundesstaat Maharashtra, auf die aus Brasilien kommende Manaus-Variante P.1 und auf die ebenso neue Mutante aus der Bretagne mit bisher 79 Toten. Die britische Mutation ist schon da und befeuert die dritte Welle.

Die Kanzlerin hat nach Art 65 Grundgesetz die Pflicht, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Sie hat jetzt die Pflicht und die Verantwortung zu einer aktiven und verantwor- tungsbewussten Eindämmung der Pandemie – notfalls mit Ausgangssperren und konse- quentem Lockdown. Konrad Adenauer (CDU) und Helmut Schmidt (SPD) hätten längst ge- handelt – keine Frage. Jeder Tag zählt. Nicht nur unsere Gesund- heit und Leben sind in aller-

höchster Gefahr. Unsere Demo- kratie ebenso.

Martin Stamer, Königswinter

Undemokratischer Fraktionszwang

Ich gebe dem Politologen Merkel 100 Prozent recht! Das ist das Einzige, was ich am Wahlsystem der USA gut finde: Die Amtszeit sollte auch hierzulande auf höchstens zwei begrenzt werden! Wir haben jetzt dreimal erlebt, das Kanzler:innen an ihren Ses- seln kleben und an ihnen dran weitere, die nicht viel wagen, sondern sich an die Leithammel bzw. Leitkühe klammern.

Das zweite unselige Gewohn- heitsgesetz ist der Koalitions- zwang. Merkwürdig, dass noch kein Verfassungsgerichtsurteil dieses undemokratische Format verboten hat. Wo bleibt das Ge- wissen der Abgeordneten, wenn sie wie die Schafe alles mitwäh- len müssen, was die Koalitions- mehrheit in Kabinettsitzungen beschließt? Das führt dazu, dass eine Partei niemals einem Vor- schlag der Opposition folgen darf, auch wenn sie mehrheitlich damit übereinstimmt. So gesche- hen z.B. bei der Abstimmung zum Beratungsgesetz für den Schwangerschaftsabbruch. Das ist lähmend und dumm. Die Ab- geordneten werden zum Stimm- vieh der Koalitionsräson und nicht zu selbstverantwortlichen Persönlichkeiten, die ihr Wahl- verhalten auch gegenüber ihrer Wählerschaft vertreten müssen.

Barbara Erben-Wunder, Hamburg

Angela Merkel war der ruhende Pol

Ich frage nicht: „Was ist mit der Kanzlerin los?“ wie Stephan He- bel und/oder „Machtverlust der Kanzlerin“, wie es im Interview mit dem Politologen Wolfgang Merkel steht, sondern frage: „Was ist mit der FR los?“ Will sie gar am Ende der Dienstzeit un- serer Kanzlerin Häme ausschüt- ten? In diesen wahrlich ungüns- tigen, beängstigenden Zeiten der Pandemie habe ich Angela Mer- kel als ruhenden Pol erlebt. Sie schürt keine Panik, sagt aber klar, was Sache ist. Sie macht uns kein X für ein U vor. Das ist

ihre Stärke. Die zeigt sie auch darin, dass sie sich für eine ge- meinsam getroffene Entschei- dung mit allen Ministerpräsi- dentInnen, die sich rechtlich als nicht ausgegoren herausgestellt hat, schnell und schnörkellos öf- fentlich entschuldigt. Ich wäre froh, wenn wir bei der nächsten Wahl wieder eine ähnlich gradli- nige, kompetente Person erhlie- ten. Gudrun Nositschka, Mechernich

Die Mehrheit will soziale Ungerechtigkeit

Nein, Herr Hebel, das Problem liegt nicht darin, dass Angela Merkel handelt wie immer. Das Problem liegt viel tiefer: Das Pro- blem ist die Wählerschaft. Es scheint ein Tabu zu geben, dass das nicht ausgesprochen wird, auch nicht in und von der FR. Leserbriefe klagen dies und jenes an, kritisieren diese und jene. Al- les an Defiziten dieses Staates ist seit Jahrzehnten bekannt, es braucht hier nicht alles aufge- zählt zu werden. Aber die Mehr- heit ist eben für soziale Ungleich- heit, für Bildungsungerechtig- keit, gegen Klimawandel, gegen die Verkehrswende usw. Das wird Jahr um Jahr immer und immer wieder bestätigt. Warum sollten die gewählten Politiker sich an- ders verhalten? Sie können ma- chen, was sie wollen: die/der Wähler/in findet das gut und wählt weiter. So lange sich das nicht ändert, können die Medien und die Leserbriefschreiber sagen und schreiben, was sie wollen – der „mündige“ Wähler hat das letzte Wort. Warum das so ist – darüber könnte man ja mal for- schen. Frerk Meyer, Bad Soden

Verschieben wir die Wahl um ein Jahr!

Ursächlich am derzeit schlechten Krisenmanagement ist, dass Ent- scheidungen mehr und mehr vom bevorstehenden Wahlkampf beeinflusst werden. Pandemie und Wahlkampf sind keine guten Partner und können zur gefährli- chen Mischung mutieren. Ich be- fürworte eine Verschiebung der Bundestagswahl ins Jahr 2022.

Udo Käutner, Gladenbach

Diskussion: [frblog.de/dienende-politik](https://www.frblog.de/dienende-politik)



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: [frblog.de/lf-20210406](https://www.frblog.de/lf-20210406)

Schutz und Pflege von Insekten – dafür würden viele Menschen gern etwas tun, denn die Zahl der Insekten sinkt gefährlich. Bronski baut daher seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Insektenhotels, Totholz – lesen Sie bitte hier: [frblog.de/garten-03](https://www.frblog.de/garten-03)

Nachteile für Sparer

Bargeld: „Billig allein hat keinen Wert“, FR-Wirtschaft vom 20. März

Im Interview nennt Frau Schmittroth von der Commerz- bank die Vorteile einer Abschaf- fung des Bargeldes. Die Nachte- ile für normale Sparer wurden nicht erwähnt. Wer will eine to- tale Abhängigkeit von den Ban- ken, die ja in den letzten Jahren nicht immer für Vertrauen sorg- ten? Sie könnten jederzeit Mi- nuszinsen für alle einführen, ohne dass man sich wehren könnte. Die freie Verfügung über das eigene Geld gäbe es nicht mehr. Eine komplette Verfolgung aller Geldausgaben jedes Einzel- nen wäre möglich, der gläserne Mensch wäre erreicht. Diktatori- sche Regimes wären begeistert.

Aber es gäbe auch praktische Probleme: Insolvenz der Bank, wie lange muss man warten, bis man wieder einkaufen kann? Ab- hängigkeit vom Smartphone: Was wenn dieses unterwegs kaputt ginge, verloren würde oder ein- fach der Akku leer wäre? Nicht jeder kann sich sofort ein neues Gerät leisten. Wäre man dann wieder beim Tauschhandel wie in der Steinzeit? Was ist bei einem größeren Stromausfall oder wenn das Mobilnetz ausfällt?

Wie schön ist es, wenn man ein paar Euro als kurzfristige Re- serve zu Hause hat oder sich in der Bank besorgen kann!

Wolfgang Ramspeck, Oberursel

Dramatische Überhöhung

Sommerzeit: „Wieder dreht sich's um die Uhr“, FR-Panorama vom 26. März

Ein Großteil der arbeitenden oder schulpflichtigen Bevölke- rung steht vermutlich jedes Wo- chenende ein bis zwei Stunden später auf als an Werktagen (und geht auch später ins Bett), ohne deshalb „mit gesundheitlichen oder psychischen Problemen kämpfen“ zu müssen. Weshalb also diese dramatische Überhö- hung der angeblichen Auswir- kungen der Zeitumstellung?

Ich will gar nicht über Schichtarbeit oder auch nur Ur- laubsreisen in die Türkei (eine Stunde Zeitverschiebung) reden, von Fernreisen nach Thailand ganz zu schweigen. Aber wenn es dann heißt, dass eine ewige Sommerzeit die Wahrscheinlich- keit für Diabetes, Depressionen, Schlaf- und Lernprobleme erhö- he und dazu führe, dass wir Euro- päer immer dicker, dümmer und grantiger würden, stellt sich mir die Frage, ob die Norweger in Hammerfest schlauer sind als die Spanier in Santiago de Com- postela und warum wir nicht schon längst auf die Moskauer Zentralzeit umgestellt haben (dann wären wir zwei Stunden dünner, schlauer und freundli- cher) oder ob diese Aussagen nicht einfach Schwachsinn sind.

Viele Grüße aus NRW, wo wir, (weil so weit westlich) allerdings viel dicker, dümmer und granti- ger sind als in München und Frankfurt. Klaus Vernie, Bad Honnef

Das Ehrenamt wird durch Bürokratie zum sauren Amt

Transparenzregister: „Viel Bürokratie“, FR-Wirtschaft vom 19. März

Geldwäscheprävention, die kri- minelle Energien bekämpft, ist wichtig für unsere Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. So mag auch das 2017 eingeführte Trans- parenzregister der Bundesregie- rung seinen Beitrag gegen Geld- wäsche leisten. Was mich jedoch ärgert, ist die Art und Weise, wie gemeinnützige, steuerbegünstig- te Vereine mit bürokratischem Aufwand belastet werden. Seit Monaten flattern deren Verant- wortlichen, die sich in ihrer Frei- zeit ehrenamtlich und meist un- entgeltlich für Kunst, Kultur, Sport und Soziales engagieren, Gebührenbescheide des Bundes- anzeiger Verlages ins Haus. Darin

werden sie aufgefordert, für den Verein Gebühren für die Führung des Transparenzregisters gemäß § 24 Absatz 1 des Geldwäschege- setzes zu entrichten. Unser Be- scheid listet rückwirkend die Jah- re 2017 bis 2020 auf, zu zahlen sind „nur“ 13,01 Euro – allerdings ist die Gebühr mit vollem Satz umsatzsteuerpflichtig.

Um den Betrag selbst geht es nicht. Aber das Vorgehen ist schlichtweg unverschämt. Nicht nur, dass uns die Führung des Transparenzregisters nie ange- kündigt wurde, halte ich eine nachträgliche Berechnung über einen Zeitraum von vier Jahren für unseriös. Freilich geschehe

dies laut Bundesanzeiger Verlag im Sinne einer „Verringerung des Aufwandes“. Widerspruch gegen ist grundsätzlich möglich, dürfte aber wegen der Rechtskonformi- tät aussichtslos sein. Ein als ge- meinnützig anerkannter und vom Finanzamt steuerbegünstig- ter Verein kann sich von der künftigen (!) Gebührenpflicht be- freien lassen – rückwirkend ist dies selbstredend ausgeschlossen. Wer aber auf der Internetseite [transparenzregister.de](https://www.transparenzregister.de) eine ent- sprechende Handlungsempfeh- lung sucht, scheitert. Ich fand die Lösung beim DOSB.

Offensichtlich soll es nicht zu leicht gemacht werden. Auch

spannend: Man hätte sich bereits 2020 von der Gebühr befreien las- sen können, was voraussetzt, dass man den Gebührenbescheid 2020 erhalten hätte. Da er mir erst Ende Februar 2021 zugestellt wurde, ist eine rückwirkende Befreiung für 2020 natürlich nicht mehr mög- lich (ätsch). Ich fühle mich als Eh- renamtler gerade richtig schön ge- wermschätzt. Warum wurden die Vereine nicht 2017 über das The- ma informiert? Dann hätten wir unsere Gemeinnützigkeit damals sofort nachweisen und Bürokratie sparen können. Ehrenamt wird mit solchen Aktionen jedenfalls zu einem „sauren Amt“. Dirk Jenders, Richard-Wagner-Verband Frankfurt